

Brühler Zeitung

Anzeigenpreis: Das Millimeter 6 Hfg., Reklamen 20 Hfg.
für auswärts, sowie Bekanntmachungen, notarielle, gerichtliche u. Finanz-Anzeigen 10 Hfg. Reklamen auswärts 30 Hfg.
Geschäftsstelle: Brühl, Schloßstraße 23.

Brühler Volksblatt. Brühler Tageblatt. Brühler Volkszeitung
Amtsblatt der Stadt Brühl
Postfachkonto Köln 12742 — — — Fernsprecher 108 und 109.

Bezugspreis: Durch den Boten frei ins Haus oder durch die Post monatlich 1.50 RM.
Störungen infolge höherer Gewalt oder Ausstände rechnerisch keine Entschädigung.

Nr. 83

Dienstag, 10. April 1928

31. Jahrgang.

Das Zentrum und die Reichsreform

Es ist keine Frage, daß zu den wichtigsten Arbeiten, die der kommende Reichstag zu lösen haben wird, neben einer durchgreifenden Reform des geltenden Wahlrechtes, die Nationalisierung der gesamten öffentlichen Verwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden und letzten Endes ein der deutschen Eigenart gerecht werdender Umbau des Reiches selbst gehört. Freilich ist das eine Aufgabe, deren Lösung nicht nur die technische Fertigkeit und die juristische Formbeherrschung des Verwaltungspraktikers erfordert, sondern darüber hinaus noch die Fähigkeit des Staatsmannes, die geistige Struktur unseres Volkes zu erkennen und herauszufühlen, unter welchen Voraussetzungen eine lebensvolle Harmonie der verschiedenen deutschen Volkskulturen geschaffen und erhalten werden kann. Der Kulturreichtum des deutschen Volkes verbietet es, den Reichsumbau nur mit dem Rechenstift zu machen. Zwar ist in der bedrängten Lage, in der sich unser deutsches Reich befindet, äußerste Sparamkeit durchaus am Platz. Vieles von dem, was unseren Altvorden und auch manchen der Zeitgenossen ganz unentbehrlich erscheint, könnte dem Staatsmathematiker getrost zum Opfer fallen. Aber die reiche, blühende Vielgestaltigkeit unseres Volkstums darf auf keinen Fall einer abstrakten Konstruktion zuliebe dem Untergange geweiht werden. Und das um so weniger, als noch garnicht einmal feststeht, ob die abstrakte Konstruktion selbst in finanzieller Hinsicht wirklich so heilsam ist, wie es ihre Schöpfer gern hinstellen.

Der Umbau des Reiches ist ein Problem, das die politischen Köpfe schon seit langem beschäftigt. Unzählige Vorschläge wurden im Laufe der Jahre gemacht und zahllose Druckfachen mit Erörterungen gefüllt, die die beste Lösung des Problems herauszufinden wollten. Man kann nicht sagen, daß sich in dieser Literatur allzu viel Wertvolles befindet. Der Deutsche liebt das Extrem, er denkt gern über das praktische Notwendige hinaus. Manchmal ist das ein Vorzug und manchmal ein Hemnis. In der hier behandelten Frage ist die absolute Konsequenz ohne Zweifel vom Uebel. Sie führt, als extremer Einheitsfanatismus zur Zerstörung unseres kulturellen Reichstums oder als Ländersebstsucht, als Partikularismus zur Ohnmacht und schließlich zur Auflösung unseres Reiches. Ein weiser Reichsbaumeister muß sich daher auf einen Plan besinnen, der den Stämmen ein Höchstmaß an Eigenkultur und dem Reich ein Höchstmaß an Geschlossenheit läßt. Das ist keine leichte Aufgabe, wer weiß, ob sie ganz schon gelöst ist?

Das Zentrum hat vor einigen Wochen der politischen Welt mitgeteilt, wie nach seiner sorgfältig überprüften Meinung ein

Deutsches Reich aussehen muß, wenn es allen Anforderungen, die man von der einen und der anderen Seite her zu stellen genötigt ist, gerecht werden will. Diese Zentrumsrichtlinien mögen ihre kleinen konstruktiven Schönheitsfehler haben, aber, das wird man nicht leugnen können, sie zeigen den einzigen Weg, auf dem das Gebot der Sparamkeit, die Achtung vor dem historisch gewordenen Stammesleben und die Pflicht zur Pflege des kulturellen Reichstums unserer Nation die ihnen gebührende Berücksichtigung finden.

Verwaltungsreform und Reichsumbau gehören organisch zusammen. Das eine muß Diener des Anderen sein. Verwaltungsreform ist im wesentlichen Kleinarbeit, ist sorgfältige und vorausschauende Zubereitung des Baumaterials, das der Architekt zur Ausführung seines großzügigen Planes unbedingt nötig hat. Zu beiden, zur Materialbereitung und zur Bauausführung gibt das Zentrumsprogramm seine wohlüberdachten positiven Ratschläge. Es tritt zunächst dafür ein, daß die zur fühlbaren Erleichterung der öffentlichen Lasten notwendige Verringerung der Reichsstruktur auf dem Wege organischer Fortentwicklung unter Ablehnung „gewaltsamer, gesetzgeberischer Eingriffe“ erfolgt. Dann wird zugleich die den Umbau beherrschende Idee angegeben: die Partei erstrebt „die Herbeiführung eines echt föderativen Staates, der auf wirklich lebensfähige Länder aufgebaut ist und neben einer starken Zentralgewalt weitgehendste Dezentralisation der Verwaltung und Hebung der Selbstständigkeit der unteren Behörden in Reich und Ländern, behufs Einschränkung des Instanzenzuges, unter Ausbildung verantwortlicher Selbstverwaltung zum Ziele hat.“ Die „Erhaltung der Kulturzentren in den verschiedenen Ländern außerhalb Berlins ist ein wesentlicher Akkordposten der geistigen und kulturellen Haltung Deutschlands.“ Sie ist nach Zentrumsauffassung nur sichergestellt, solange es Länder gibt, die „zur Erfüllung ihrer eigenstaatlichen und gesamtdeutschen Aufgaben“ von sich aus imstande sind.

Auf die Skizzierung der Leitidee folgen die Ratschläge zur Vereinfachung des Baumaterials. Es gibt auch da größere und kleinere Aufgaben, wir wollen sie jetzt nicht ausführlich schildern. Im Laufe des Wahlkampfes wird noch manchmal Gelegenheit sein, auf Einzelheiten zurückzukommen. Verschiedene deutsche Parteien versprechen sich viel von der Propagierung ihres einseitigen Standpunktes. Sie werden das Zentrumsprogramm angreifen. Wir haben das nicht zu fürchten. Die Richtlinien des Zentrums sind so, daß sie jedem sachlichen Einwand standhalten.

Der liberale Kampf gegen die Ehe

Es ist ein altes Ziel des Liberalismus, das christliche Eheideal, das so lange Jahrhunderte hindurch zum Segen der Menschheit das Familienleben der weißen Kulturvölker unbefristet beherrscht hat, auszuhebeln und die Trennung des Ehebandes so sehr zu erleichtern, daß von dem alten Ehebegriff fast gar nichts mehr übrig bleibt. Die Zentrumsparthei, wie die positiv-christlichen Kreise unseres Volkes überhaupt, haben stets den ganzen Einfluß und die ganze ihnen im Staate eingeräumte Macht dazu benützt, um den liberalen Tendenzen soviel wie möglich Abbruch zu tun. Leider sind die positiv-christlichen Kreise einschließlich des Zentrums heute nicht mehr stark genug, um die liberalen Auslöschungswünsche praktisch unschädlich zu machen. Sie können nur noch aufhaltend wirken, und haben das, so viel an ihnen lag, auch redlich getan.

Die Verhandlungen, die der Rechtsausschuß des Reichstags in den ersten Monaten dieses Jahres der Ehecheidungsreform hat widmen müssen, haben deutlich gezeigt, wie der Liberalismus ohne jede weltanschauliche Bedenken und ohne sich durch die berechtigten Einwände der Vertreter christlicher Anschauungen beeinträchtigen zu lassen, seinen Weg weiter zu gehen gewillt ist. Die Ehecheidungsfrage ist allerdings noch nicht endgültig gelöst, zur Plenarberatung ist es nicht mehr gekommen. Noch besteht Hoffnung, daß sich der neue Reichs-

tag in der Ehecheidungsreform einseitiger zeigen wird, als es der alte gewesen ist.

In den Ausschlußverhandlungen konnte der deutsche Christ von neuem erkennen, auf welcher Seite seine gefährlichsten Feinde sitzen. Wenn auch im liberalen Lager, einschließlich der Wirtschaftspartei, über Einzelheiten in der juristischen Formulierung gewisse Gegensätze zutage gekommen sind, so bedeutet das nichts gegenüber der Einigkeit, die gegen die christliche Ehe als solche besteht. Die Verschlechterungen, die die Ausschlußfassung der Ehecheidungsnotabelle gegenüber dem bisherigen Rechtszustand aufweist, sind ja durch das Zusammengehen aller liberalen und liberalisierenden Gruppen zustande gekommen. Die Führung in den einzelnen Aktionen wechselte, aber das Handeln war gemeinsam.

Einen der schwerwiegendsten Vorwürfe gegen das bisher geltende Eherecht hat z. B. die Wirtschaftspartei unternommen, als sie im Ausschluß beantragte, die Ehe sollte, abgesehen von den alten Ehehindernissen, auch dann getrennt werden können, wenn sie so tief zerrüttet wäre, daß „eine dem Wesen der Ehe entsprechende Fortsetzung der Lebensgemeinschaft nicht mehr erwartet werden kann“. Voraussetzung dieses sehr allgemeinen und dehnbaren Scheidungsgrundes sollte lediglich sein, daß die Ehegatten ein Jahr vor Erhebung der Klage getrennt gelebt haben, ohne daß böswillige Verlassung vorliegt. Demjeni-

gen Ehegatten, der durch sein schuldhaftes Verhalten die Zerrüttung herbeigeführt hat, sollte ein Recht auf Erhebung der Zerrüttungsklage nicht zustehen, aber beide Teile sollen auf Scheidung klagen dürfen, wenn sie unter gegenseitiger Zustimmung mindestens 5 Jahre getrennt von einander gelebt haben. Die Scheidung sollte in allen Fällen erst dann ausgesprochen werden, wenn zwischen den Ehegatten ein Vertrag über die Kindererziehung und die Unterhaltspflicht zustande gekommen wäre. Die Zentrumsvertreter im Ausschluß haben damals sich die größte Mühe gegeben, diesem Antrag der Wirtschaftspartei die Zähne auszubrechen. Sie haben darauf hingewiesen, wie leicht es nach Annahme des wirtschaftsparteilichen Antrages wäre, denjenigen Ehegatten, der aus religiösen Gründen oder aus Sorge um die Kinder der Scheidung nach der fünfjährigen Trennung widerstrebt, zu benachteiligen. Sie haben auch sonst jedes Argument benutzt, was zur Bekämpfung dieses liberalen Antrages irgendwie geeignet erschien. Sie haben damit keinen Erfolg gehabt. Der wirtschaftsparteiliche Antrag wurde im Gegenteil durch sozialdemokratische Initiativen noch weiter erheblich verschlechtert dadurch, daß bei der Zerrüttungsklage nach fünfjährigem Getrenntleben eine Wiederklage wegen inzwischen erfolgten Ehebruches oder eines sonstigen widrigen Verhaltens ausgeschlossen sein soll. Die Zentrumsvertreter wiesen auch auf die juristische Unmöglichkeit des wirtschaftsparteilichen Schlusses hin, der verlangte, daß vor dem Auspruch der Scheidung ein Vertrag über die Kindererziehung und die Unterhaltspflicht abgeschlossen sein müßte. Auch das fand bei der Ausschlußmehrheit keine Berücksichtigung.

Bei der Neufassung des Paragraphen 1569, der die Scheidung wegen Geisteskrankheit zum Gegenstande hat, gelang es den Vertretern des Zentrums ebenfalls nicht, eine Verschlechterung des geltenden Rechtes zu verhindern. Bisher mußte die Geisteskrankheit, um einen Grund zur Scheidung abzugeben, unheilbar sein und schon drei Jahre bestehen. Nach der von der liberalen Mehrheit erzwungenen Ausschlußfassung des neuen Entwurfes genügt schon „krankhafte Geisteszustände“, die die

Politische Neuigkeiten

— Während der Osterferietage kam es im Verlauf einer kommunistischen Reichsjugendveranstaltung in Chemnitz zu heftigen Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Kommunisten, wobei insgesamt 18 Kommunisten, darunter acht aus Berlin, verhaftet wurden.

— Soweit bisher feststeht, werden sich zu den am 16. April beginnenden deutsch-litauischen Handelsvertragsverhandlungen der Ministerialdirektor im Ministerium des Innern, Jaunius, und der Ministerialrat im Finanzministerium, Korvelis, nach Berlin begeben.

— Aus Belfort wird gemeldet, daß der Minister für öffentliche Arbeiten, Tardieu, in einer Wahlversammlung von einem Abwahlen, dem Abgeordneten Miellet, mißhandelt worden ist. Miellet hatte Tardieu einige Faustschläge ins Gesicht gegeben, wobei die Brille Tardiens zertrümmert wurde. Tardieu hielt dennoch seine Rede. Nachher erstattete er gegen Miellet Strafanzeige.

— Der Präsident der jaskhistischen Jugendbünde hat in einem Rundschreiben den Jaskhisten für die Zukunft den Gebrauch des Händedrucks als Gruß verboten. Die Jaskhisten sollen sich auf die einfache Anwendung des bekannten Jaskhistengrusses durch Armhochheben beschränken.

Wiederherstellung der geistigen Gemeinschaft zwischen den Ehegatten unwahrscheinlich machen, um die Möglichkeit einer Ehescheidung zu ergeben. Außerdem ist jede Festsetzung der Krankheitsdauer in der Neufassung weggefallen.

Man sieht aus diesen kurzen Ausführungen zweierlei: die absolute Feindschaft gegen die christliche Eheauffassung und die wachsende Schwierigkeit der christlichen Kreise, sich dieser Feindschaft zu erwehren. Die kommende Wahl bietet den Christen in Deutschland für absehbare Zeit die einzige Gelegenheit, ihre Macht gegenüber dem Liberalismus zu stärken. Das mögen alle diejenigen, denen an der Erhaltung christlicher Einrichtungen etwas liegt, bedenken, wenn sie am 20. Mai ihren Stimmzettel abgeben.

Die Politik im Elsaß

Selbst dem „Temps“ ist es nicht verborgen geblieben, daß der Wahlkampf in den wiedergewonnenen Provinzen Elsaß und Lothringen unter ganz anderen Parolen ausgelämpft wird als im Innern Frankreichs. Der „Temps“ findet es auch ganz natürlich, daß die „delikatsten Probleme der Angleichung“ auf den Gebieten der Gesetzgebung, Verwaltung der Kirche und Schule den Parteien und ihrem Programm im Elsaß ein anderes Gepräge geben, als sie es in den anderen Departements aufweisen. Z. B. läßt sich nicht bestreiten, daß die elsässischen Sozialisten die rote Fahne der Zweiten Internationale mit einer blau-weißen Schleife verziert haben — „ein Minimum von nationaler Einheit, wir brauchen dieses Wort im weitesten Sinne, schien den Sozialisten unerlässlich.“ Die Radikalen haben auch ein Programm, das keineswegs orthodox mit dem der Pariser Zentrale übereinstimmt, ein regionales Programm, das indessen eine „wenn auch langsame Assimilation erstrebt.“ Die Demokraten, die nach dem „Temps“ ergeblich eine Verständigung mit den Radikalen gesucht haben, sind jetzt auf Grund ihrer von dieser Partei verschiedenen kirchlichen Anschauungen, in näherer Verbindung mit der Union Populaire Republicaine Nationale getreten, die halb richtig mit dem deutschen Zentrum verglichen wird.

Soweit, so gut. Wenn es sich lediglich um graduelle Unterschiede der Anschauungen über das Tempo der Assimilation handelte, um den „gesunden und vernünftigen Regionalismus“ (sic!), dann würde die mere patrie auch dafür volles Verständnis haben, aber...

Unter dem Deckmantel des Regionalismus hat sich ein „schon unannehmbarer“ Autonomismus breit gemacht, der sich „mit Hilfe fremder Agenten und ihrer Helfershelfer“ in einen „reinen Separatismus“ verwandelt hat. Ohne die Spur eines Beweises wird nun die alte Walze gedreht, daß für Dr.

Ridlin „der Rahmen Frankreichs“ eine „Attrappe“ sei und daß man bei ihm und Camille Dahlet, dessen Organ, „Das Neue Elsaß“ soeben verboten worden ist, sehr wohl zwischen Worten und Taten unterscheiden müsse. (Nebenbei: Wann die neue Diktaturperiode im Elsaß, die mit dem Verbot der letzten autonomistischen Zeitung und der Verhaftung Dr. Ridlins eingeleitet wurde, noch lange anhält, wird man bald keine Worte mehr hören, die man von den Taten unterscheiden könnte...). Die deutschsprachige „Humanité“ begleitet diese Vorgänge mit den Worten: „Und da gibt es noch Leute, die allen Ernstes behaupten, daß wir im Lande der Liberte leben!“)

Denn in Wirklichkeit sind diese Autonomisten, sagt der „Temps“, die sich mit den pro-deutschen Kommunisten verbunden haben, nichts anderes als „eine Bande von Kanakillen“ — „wie sie in seiner gewohnten kraftvollen Art Monsieur Sussini, der energische und klarsichtige Präfekt des Departements Oberrhein, in einer Rede vor den Kriegervereinen in Altkirch genannt hat“...

Nachdem wir im Anfange des Aufsatzes im „Temps“ vom 21. März die scheinheilige Versicherung gehört haben, daß es sich lediglich um gewisse delikate Probleme der Assimilation handele, sind wir doch etwas erstaunt, am Schluß die klare und richtige Problemstellung zu finden. Bei dem französischen Wahlkampf wird es sich in Elsaß-Lothringen nicht um die französische Parteiparole handeln, sondern um die entscheidende Frage: Wollt ihr Franzosen sein, Franzosen ohne Vorbehalt, oder wollt ihr — so sagt der „Temps“ nicht — eure Rechte des Volkstums, der Sprache und der Kirche im Kampfe behaupten gegen den französischen Zentralismus?

Heute Beilagen

Der Familienfreund
Das Handwerk.

Die Wahl von Hagenau hat die unsauberen Verdächtigungen, die der Temps auch heute wieder aufwirft, widerlegt und auch

eine deutliche Antwort auf Poincarés Frage gegeben. Aber manche Leute lernen nicht sehen, weil sie nicht sehen wollen.

Der Wahlkampf in Frankreich

Bereits 14 Tage nach dem Osterfest werden in Frankreich, und zwar am 22. April, die Neuwahlen für das Parlament stattfinden, also diesmal vier Wochen vor den Neuwahlen in Deutschland. Infolgedessen hat im Gegensatz zu Deutschland, in Frankreich der Wahlkampf schon ziemlich lebhaft eingesetzt. Das französische Parlament von 1924 hatte insgesamt 584 Abgeordnete gezählt, und zwar 199 gemäßigte Republikaner, 42 unabhängige Radikale, 140 Radikale und Radikalsozialisten, 44 republikanische Sozialisten, 105 vereinigte Sozialisten, 26 Kommunisten und schließlich 28 Parteiloze. Für die neue Kammer sind 28 Abgeordnete mehr zu wählen, als 1924, also insgesamt 612 Abgeordnete. Da das Proporzsystem als Wahlsystem gefallen ist, tritt diesmal die Persönlichkeit des einzelnen Wahlkandidaten entscheidend in den Vordergrund. Er ist also viel mehr von dem persönlichen Vertrauen seiner Wähler abhängig, als dies ehemals der Fall war, wo er ausschließlich für die Forderungen seiner Partei einzutreten hatte. Der Kampf wird also am Ende, namentlich in den Stichwahlen, mehr als bisher auf dem Kompromißwege bereinigt werden.

Man wird natürlich abzuwarten haben, ob sich die Hoffnungen, insbesondere der reinen Sozialisten, erfüllen werden, die zuletzt über 103 Mandate verfügten. Ob der Zuwachs für sie so groß sein wird, wie sie antizipieren, erscheint jedenfalls auch aus dem Grunde etwas zweifelhaft, weil gerade in letzter Zeit die sozialistische Partei in Frankreich von einer heftigen Krise bedroht wurde. Welterteilungen nach links, also nach der kommunistischen Seite hin, sind freilich nicht wahrscheinlich, da, wie auch in Deutschland, sämtliche Parteien sehr entschieden sich gegen alle solche politischen Elemente stellen, die unter der Vormundschaft Moskaus stehen. Die Gruppen um Herriot, also die Radikal-Sozialisten, die man als linksgerichtete bürgerliche Demokraten ansprechen darf, haben ein Programm als Wahlparole aufgestellt, das vom deutschen Standpunkte aus begrüßt werden kann. In diesem Programm wird gefordert: Eine Fortsetzung der Völkerverbundspolitik und der Politik von Locarno und Thoiry, Anerkennung des internationalen Schiedsgerichtshofes, innenpolitisch die einjährige Dienstzeit, kostenloser Unterricht in den Bildungsanstalten aller Art, Fortsetzung der Stabilisierungspolitik, Gewinnbeteiligung der Arbeiter in den Industriebezirken, eine Kontrolle sämtlicher Banken und Kartelle, endlich die gesetzliche Anerkennung des Koalitionsrechtes für Staatsbeamte. Dieses Programm ist in sehr geschickter Weise darauf angelegt, die Stimmen der Anhänger der französischen Gewerkschaften zu gewinnen. Diese sind auf dem letzten sozialistischen Parteikongress zu Weihnachten vergangenen Jahres scharf abgerückt von jenen linkssozialistischen Wünschen, die auf Kompromisse und

Wahlpakte mit den Kommunisten hinstreben wollten.

Von dem Ausgang der kommenden französischen Wahlen wird natürlich für die Fortsetzung der Befriedigungspolitik zwischen Frankreich und Deutschland außerordentlich viel abhängen. Der Kurs, der weiterhin von den beiden Ländern gesteuert werden wird, wird sich freilich erst abschätzen lassen können, wenn auch die deutschen Wahlen am 20. Mai zur Entscheidung gelangt sind.

Der große Diplomaten Schub Wichtige Personalveränderungen im auswärtigen Dienst

Berlin, 9. April Die Personalveränderungen im auswärtigen Dienst werden nunmehr bekanntgegeben. Es wurden ernannt: zum Gesandten in Peking der Botschaftsrat in Tokio, Dr. von Borch, zum Gesandten in Buenos Aires der Gesandte in Brüssel, Dr. Keller, zum Gesandten in Brüssel der Ministerialdirigent im Auswärtigen Amt, Dr. Horstmann, zum Gesandten in Santiago der Gesandte in Belgrad, Dr. Ohlshausen, zum Gesandten in Belgrad der Gesandte in Riga, Dr. Köster, zum Gesandten in Riga der Vortragende Legationsrat im Auswärtigen Amt, Dr. Stiepe, zum Gesandten in Katalonien der General-Konsul in Barcelona, Dr. Schroetter, zum General-Konsul in Barcelona der Wirtl. Legationsrat im Auswärtigen Amt, Dr. Kobrid, zum Gesandten in Oslo der Ministerialdirigent im Auswärtigen Amt, Dr. Wallroth, zum Ministerialdirigent im Auswärtigen Amt der Ministerialdirigent im Auswärtigen Amt, Dr. von Dürren, zum Gesandten in Quieto der General-Konsul in Memel, Dr. Müdra, zum General-Konsul in Memel der Konsul in Göttingen, Dr. Wenz, zum Konsul in Göttingen der Konsul in Porto Allegre, Daehnharb, zum Konsul in Porto Allegre der Konsul in Tschernowiz, Dr. Walbed, zum Konsul in Tschernowiz der Konsul im Auswärtigen Amt, Dr. Drubba, zum General-Konsul in San Francisco der General-Konsul z. D. Dr. von Hentig.

Zu Vortragenden Legationsräten im Auswärtigen Amt: die Legationsräte im Auswärtigen Amt: Dr. König, Kraske, Dr. von Kaufmann-Misser und der Oberregierungsrat im Auswärtigen Amt, Dr. Sah.

In den einseitigen Ruhestand sind versetzt worden: der Gesandte in Peking, Dr. Borch, der Gesandte in Buenos Aires, Dr. Gneist, der Gesandte in Santiago, Graf von Spee, der Gesandte in Katalonien, Dr. Frank, der Gesandte in Oslo, Dr. Romberg, der Gesandte in Quieto, Dr. Grunow, der General-Konsul in San Francisco, Dr. Zieg-

ler und der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt, Dr. von Löhneyson.

Der Botschafter in Tokio, Dr. Solf, wird auf seinen Antrag in den Ruhestand versetzt werden, aber bis zum Herbst auf seinem Posten verbleiben. Zu seinem Nachfolger wird der Gesandte in Lissabon, Dr. Borch, ernannt werden; an dessen Stelle wird der Dirigent der Presseabteilung der Reichsregierung, Dr. von Balthard, treten. Zu seinem Nachfolger ist der Vortragende Legationsrat, Dr. von Kaufmann-Misser bestimmt.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler beim Papste

Rom, 10. April. Am Osterfest empfangt der Papst den deutschen Reichsfinanzminister Dr. Köhler in Privataudienz. Der Papst ließ sich eingehend über die allgemeinen politischen Verhältnisse in Deutschland unterrichten. Vor der Audienz hatte Köhler dem Kardinalstaatssekretär Gasparri einen Besuch abgestattet. Am ersten Feiertage war der Minister weiterhin Gast des deutschen Botschafters beim Vatikan, der ein Frühstück gab, an dem auch der bayerische Gesandte Baron von Ritter und die Staatssekretäre a. D. von Köhlmann und von Hinz teilnahmen.

Englisches Lob für Botschafter Sthamer

London, 8. April. Sunday Times begrüßt die Tatsache, daß der deutsche Botschafter Sthamer auf seinem Londoner Posten verbleibt und bemerkt:

Herr Sthamer hat in seinem Wirken für gute Beziehungen zwischen England und Deutschland viel nützliche Arbeit geleistet. Er ist persona grata im Foreign Office und in diplomatischen Kreisen. Sein Takt und seine Diskretion während einer Periode schwieriger Jahre haben ihm die Wertschätzung und Achtung eines sehr weiten Kreises von Freunden gewonnen, und die deutsche Botschaft in Carlton House Terrace unter dem Regime des Botschafters und Frau Sthamers ist ein Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens.

Der Bruch zwischen Konservativen und Deutschnationalen

Berlin, 9. April. In Berliner politischen Kreisen hat ein Wahlausruf der Konservativen Partei, die bisher als Untergruppe der Deutschnationalen Volkspartei galt, beträchtliches Aufsehen erregt. Der Ausruf tritt ein für „die auf gesetzmäßigem Wege wieder herzustellende Monarchie“ und bezeichnet den sogenannten Kaiserparagrafen des Reichsgesetzes, für dessen Verlängerung bekanntlich seiner Zeit die Deutschnationale Volkspartei im Reichstag gestimmt hat, als eine „Schande“. Der Ausruf wendet sich gegen „das ganze heutige System und den Parlamentarismus“ und fordert schließlich die konservativen Anhänger auf, ihre Stimmen nicht den Deutschnationalen, sondern dem völkischen nationalen Bloke zu geben. Der Ausruf wird von allen Berliner Rechtsblättern, auch von der als konservativ gel-

tenden Kreuzzeitung nicht veröffentlicht. Dagegen veröffentlicht den Ausruf das Berliner Tageblatt, der Vorwärts und die Germania, und zwar alle mit dem übereinstimmenden Kommentar, daß dieser Ausruf dem Bruch der Konservativen mit den Deutschnationalen gleichkomme.

Parker Gilbert: Keine Verquickung von Reparations- und Alliiertenschulden

Berlin, 10. April. Die Voss. Ztg. berichtet über eine Besprechung, die ihr russischer Korrespondent mit Parker Gilbert hatte. Nach diesem Bericht hat Parker Gilbert erklärt, man dürfe von seiner Reise und seinen Unterredungen mit führenden Persönlichkeiten der Politik und der Finanzwelt nichts Außergewöhnliches und Abschliefendes erwarten, da die verschiedenen auf die Reparationen Bezug nehmenden Probleme noch im Stadium des Studiums und der Überprüfung sich befänden. P. Gilbert betonte, daß die Reparationen der europäischen Staaten ein unabhängiges Problem darstellten, das auch nur die europäischen Staaten interessiere, und daß sie deshalb in keiner Beziehung zu den Schulden der europäischen Staaten gegenüber Amerika ständen. Aus diesem Grunde seien die von der Presse der interessierten Staaten bereits angebotenen Lösungen, die von einer Verquickung der beiden Probleme sprächen, als verfrüht und übertrieben zu bezeichnen. Der Korrespondent fügt hinzu, daß der Reparationsagent vor seiner Abreise am Donnerstag oder Freitag voraussichtlich noch der Presse Erklärungen abgeben werde.

Wieder zugelassen

Köln, 9. April. Der Kölner Regierungspräsident hat seine Verfügung vom 31. Oktober 1927, durch welche dem Rotfrontkämpferbund sämtliche Umzüge auf öffentlichen Straßen und Plätzen im Bereiche des Regierungsbezirks Köln untersagt waren, mit Wirkung vom 5. April 1928 ab aufgehoben.

Die deutschen Ingenieure werden nach Moskau überführt

Moskau, 10. April. Der Volkskommissar Tschischewin hat dem deutschen Botschafter in Moskau mitgeteilt, daß der Prozeß gegen die im Donezgebiet verhafteten deutschen Ingenieure Mitte April stattfinden soll. Nach Überwindung zahlreicher Bedenken sei Moskau zum Gerichtsstand bestimmt worden. Infolgedessen befänden sich die Verhafteten auf dem Wege nach Moskau.

Versöhnung mit Trozki?

Berlin, 9. April. Wie die „Voss. Ztg.“ erfährt, ist in Berliner russischen Kreisen eine Nachricht eingetroffen, die ernster Natur zu sein scheint, als die in der letzten Zeit umlaufenden Gerüchte. Hiernach hat Trozki brieflich in Moskau um einen Urlaub aus seinem Verbannungsorte in Turkestan gebeten, um die Herausgabe seiner Bücher im Staatsverlag betreiben zu können. Die maßgebenden Kreise der russischen Kommu-

Und hättet ihr die Liebe nicht!

Ohne Nächstenliebe keine Lösung der sozialen Frage

Von Dr. Johannes Meßner.

In seiner 6. sozialen Faltensbetrachtung schreibt Dr. Meßner im „Neuen Reich“ (Tübingen, Wien):

Es geht ein Hohlnachen durch die Welt, wenn man von der christlichen Bruderliebe im sozialen, besonders im wirtschaftlichen Leben redet. Ein verblissenes Lachen der Entrechteten, ein hartes Auflachen der Industriellen.

Nicht Liebe wollen wir, sagen die Arbeiter, darauf verzichten wir. Was wir fordern, ist unser Recht, das ist der volle Ertrag unserer Arbeit. Auf die Liebe der Unternehmer pfeifen wir.

Ich zahle dem Arbeiter, was ich mit ihm vereinbart habe, sagt der Arbeitgeber. Dafür erwarte ich von ihm die vereinbarte Arbeitsleistung. Sonst habe ich mit ihm keine Beziehungen.

Und doch geht es nicht ohne die Liebe. Denn alle soziale Ordnung ist nur möglich auf dem Grund der sittlichen Weltordnung. Die unausweichliche Logik der sittlichen Weltordnung aber sagt: Gott ist der Schöpfer des Menschen und sein Ziel. Allen Menschen hat Gott die gleiche Natur gegeben, sie alle haben das gleiche Ziel. Es ist darum Pflicht jedes Menschen, dem Mitmenschen zu helfen, daß auch er das gemeinsame Ziel erreiche. Das heißt aber nichts anderes als: „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst.“ Und das heißt weiter, daß das Gesetz der Liebe ein Grundgesetz aller sozialen Ordnung ist, weil es ein Gebot der Natur ist. Ja, der Natur und des Naturgesetzes. Denn es ist ein Irrtum, und zwar ein sehr weit verbreiteter Irrtum, daß das Gesetz der Nächstenliebe erst durch Christus

der Welt gegeben worden sei. Nein! Es ist das grundlegende Sozialprinzip, das, dem Naturgesetz angehörend, durch die eigene Natur jedem Menschen offenbart wird. War dieses Gesetz einmal vergessen, so kann es nicht mehr vergessen werden, seitdem Christus es als jenes zweite große Gebot neu verfaßt hat, das dem ersten gleich ist: „Du sollst Gott lieben aus deinem ganzen Herzen, aus deiner ganzen Seele, und aus deinem ganzen Gemüte.“ Daß diesem ersten und größten Gebote das zweite gleich ist: „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst“, besagt, daß wie der einzelne Mensch ohne Gott nicht Glück und Ruhe und Frieden finden kann, so auch die Gesellschaft und die soziale Ordnung nicht möglich ist ohne die Verwirklichung der Nächstenliebe.

Darum sind alle Theorien über die Entstehung der menschlichen Gesellschaft so falsch, die von Vertrag reden, als wäre der Kampf aller gegen alle der natürlichste Zustand, den ein Vertrag zu gegenseitigem Anerkennen gewisser Rechte erst beendet hat. So der Liberalismus. Nein! Gerade umgekehrt! Die Natur selbst gebietet dem Menschen: „Du sollst den Nächsten lieben wie dich selbst.“ Weil aber die Menschen und die Gesellschaft von diesem Naturgebot abgefallen sind, darum mußte ein Kampf aller gegen alle die Gesellschaft unaufhörlich zerreißend und von einer sozialen Krise in die andere werfen. Es gibt keine Lösung der sozialen Frage, außer in der Rückkehr zu diesem obersten Gesetz des sozialen Lebens.

Aber nicht nur die Gleichheit der Natur beweist die natürliche Pflicht der Nächstenliebe, diese wird ebenso klar bewiesen durch die Ungleichheit der Menschen, und zwar wieder nach unausweichlicher Logik, welche dem Menschen sagt, daß Gott ihr gemeinsames Ziel ist, daß alle einander helfen müssen, das höchste Gut zu erreichen, daß aber, da

wie jeder sieht, die Anlagen und Fähigkeiten der Menschen ungleich sind, deshalb jeder Mensch angewiesen ist, dem Mitmenschen auf seine Weise zu helfen, das gemeinsame Ziel zu erreichen. In der ursprünglichsten Gesellschaft, der Familie, geht diese gegenseitige Hilfeleistung ganz selbstverständlich vor sich: Die Kinder werden, solange sie völlig schwach und hilflos sind, ganz von den Eltern erhalten und gepflegt, allmählich können sie verschiedene Arbeiten, und zwar jedes wieder nach seiner besonderen Veranlagung übernehmen, bis sie schließlich ihrerseits ganz die alten und schwachen Eltern zu erhalten und zu pflegen haben. Unsere Volkswirtschaft ist heute eine große Arbeiterfamilie; jedem ist sein besonderer Platz angewiesen, dem einen am Pflug, dem anderen an der Drehbank, dem dritten am Schreibtisch usw.; und die ganze soziale Ordnung besteht tatsächlich in nichts anderem, als in dem fortwährenden Austausch von Bedürfnissen und Dienstleistungen, sei es in Form von Arbeit oder von Gütern. So soll gerade die Ungleichheit der einzelnen Menschen ihre gesellschaftliche Verbindung herstellen und den Menschen auf das Grundgesetz der sozialen Ordnung hinweisen: „Du sollst den Nächsten lieben wie dich selbst.“

Nur eine Macht gibt es, die imstande ist, die sozialen Ungleichheiten und Gegensätze auszugleichen: die Kraft der Liebe. Die Nächstenliebe muß den Arbeitgeber dazu vermögen, im Arbeiter den Mitarbeiter am gemeinsamen Werke zu sehen und nicht nur die Ware Arbeitskraft; die Nächstenliebe muß den Unternehmer als Leiter eines Teiles der Volkswirtschaft dazu vermögen, ebenso sehr auf das Wohl seiner Arbeiter zu sehen als auf sein eigenes und sich als „Brotbater“ zu fühlen, dem das Schicksal von Tausenden von Arbeitern anvertraut ist; die Kraft der Liebe muß

den Besitzenden dazu vermögen, die sozialen Pflichten des Eigentums zu erfüllen, daß er seinen Besitz dazu verwende, Arbeitsgelegenheiten zu schaffen und reichlicheren Lohn zu zahlen, anstatt ihn in Luxuskonsum zu verwenden oder in rein lukrativer Spekulation. Die Nächstenliebe muß den Arbeiter dazu vermögen, sich seinem Betriebe solidarisch verbunden zu wissen und sich ebenso zu bestmöglicher Leistung verpflichtet als zu Forderungen berechtigt zu fühlen; die Nächstenliebe muß die Arbeitnehmer dazu vermögen, die Schwierigkeiten auch auf der Seite des Arbeitgebers zu würdigen und nach Möglichkeit mitzuhelfen, sie zu überwinden; die Nächstenliebe muß die Arbeiter dazu vermögen willig und freudig ihre Arbeit zu tun und sie so erst ganz fruchtbar zu machen. Beide aber, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, muß die Nächstenliebe dazu vermögen, immer mehr das Gemeinsame und Einigenbe zu sehen als das Gegenfällige und Trennende; beide muß die Nächstenliebe dazu vermögen, in gemeinsamem Einverständnis die entstehenden Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten auszugleichen, muß die Nächstenliebe dazu vermögen, bei allen Auseinandersetzungen das allgemeine Wohl im Auge zu behalten, das immer über dem Wohl und den Interessen sowohl der Arbeitgeber als der Arbeitnehmer steht. Die Kraft der Liebe allein wird im Kampf der Klassen, der keiner Gesellschaft erspart bleibt, in der unrigen aber fürchterlichen Formen angenommen hat, den Haß zurückdrängen, das große Gemeinsame wieder sichtbar werden lassen und dem gegenseitigen Verständnis wieder seinen Platz sichern können. Die Kraft der Liebe allein kann den Ausgleich finden zwischen den Ständen der heutigen Gesellschaft, zwischen Industrie, Arbeiterschaft, Handwerk, Landwirtschaft, Beamtenschaft u. den freien Berufen.

Pariser Reparationskombinationen

Made in France! darf man mit vollem Recht die prächtigen „Kombinationen“ nennen, die in Sachen der deutschen Reparationsschuld in schillernden Seifenblasen vom Quai d'Orsay nach Wall-Street abgeblasen werden. Es ist außerordentlich bezeichnend, daß unmittelbar nach der letzten Rede des Herrn Poincaré in Carcassonne, die in manchen deutschen Blättern als ein Silberstreifen am politischen Horizont eingeschätzt wird, französische Blätter Einzelheiten über die Revision des Dawesplanes veröffentlichten, die auf Information des Pariser Korrespondenten der „New York Times“ zurückgehen. Wie es um diese angeblichen Informationen bestellt ist, mag zunächst dahin gestellt bleiben. Soviel ist jedoch mit einiger Sicherheit anzunehmen, daß ihre Ursprung nicht in New York ist, sondern auf Pariser Quellen zurückgeht. Während diese Quellen sich im allgemeinen durch eine starke Trübung des politischen Wassers auszuzeichnen pflegen, leuchtet kristallklar wie ein Silberstreifen aus allen diesen in letzter Zeit sich häufenden Meldungen die verschleierte Absicht, durch solche am Quai d'Orsay aufgesetzten Versuchsbällons zu einer entsprechenden Diskussion in der deutschen und amerikanischen Presse anzuregen, um aus dieser Diskussion zu erfahren, was Deutschland als höchste Reparationsleistung aufzubringen bereit sein könnte. Weder die deutsche Wirtschaft, noch weniger die verantwortlichen deutschen Regierungsstellen haben irgendwelche Veranlassung, diese Frage vor aller Öffentlichkeit zu erörtern, solange nicht von maßgebender Stelle auf der anderen Seite amtlich dazu Stellung genommen wird.

In Berliner politischen Kreisen wird, genau wie in Washington, der angebliche amerikanische Plan für eine Neuregelung der Reparationen genau so zurückhaltend beurteilt, wie die Rede des französischen Premierministers in Carcassonne. Man verweist insbesondere auch darauf, daß dieser von dem Pariser Vertreter der „New York Times“, „enthüllte“ Plan keineswegs den Reiz der Neuheit hat. Höchstens wäre das eine neu, die in ziemlich präziser Form

behandelte Verschmelzung der deutschen Reparationsschuld mit dem interalliierten Schuldenproblem, insofern, als nach der Behauptung des amerikanischen Korrespondenten diese Verschmelzung neuerdings von den Vereinigten Staaten ernstlich erwogen würde, während bisher die Washingtoner Politik sich gegen diesen Gedanken auf's schärfste ablehnend verhielt, insbesondere eine wesentliche Herabsetzung der amerikanischen Forderungen entschieden zurückwies. Das amerikanische Schatzamt lehnt auch jede Stellungnahme zu den Neußerungen Poincarés bezüglich einer gemeinsamen Lösung der Reparations- und Schuldenfrage amtlich ab, doch zeigen private Äußerungen von kompetenter Seite, daß auch weiterhin eine Verquickung der Schulden- und Reparationsfrage für Amerika keinesfalls zur Erörterung steht. Bezüglich der französischen Schulden an Amerika hält man in Schatzamtstreifen in Washington an den bekannten Mellon-Veranger-Abkommen fest. Aus zuverlässiger Quelle wird berichtet, daß eine Verzinsung der französischen Schulden an Amerika auf dem Wege der Einlösung der sogenannten Dawesobligationen nicht in Frage komme. In Wall-Streetkreisen wird erneut erklärt, daß vorläufig die Ausgabe deutscher Bonds aus den zur Genüge bekannten Gründen unmöglich sei.

Vom deutschen Standpunkte — und das ist die einmütige Auffassung deutscher politischer wie deutscher Wirtschaftskreise — ist eine Reparationskombi von 32 Milliarden Goldmark für Deutschland untragbar. 16 Milliarden sollen nach der Meldung des Pariser Korrespondenten der „New York Times“ zu Lasten des deutschen Budgets gehen, und eine solche Summe würde, unter Zugrundelegung des von dem Amerikaner Gold, dessen Auf in Frankreich eine besondere Autorität genießt, aufgestellten Zahlungsplans, dem Reichshaushalt bis 1949 die Höchstsumme auflegen. Ueber die Unmöglichkeit einer derartigen Belastung für die deutschen Finanzen und für die deutsche Wirtschaft bestehen wohl selbst bei unseren schlimmsten Feinden keinerlei Illusionen.

Das neue Rätselraten um die Reparationen

Verquickung mit der Rheinlandfrage?

Paris, 4. April. Nach einer New Yorker Savasmeldung wird auf Grund von Erläuterungen in New Yorker Bankkreisen die Nachricht der „New York Times“, wonach angeblich ein Plan zur Revision des Dawesabkommens bestünde und die Endsumme der Reparationen in Verhandlungen auf 32 Milliarden Mark festgelegt werden soll, als jeder Grundlage entbehrend bezeichnet. — Die Nachricht war von uns bereits als französischer Versuchsballon gekennzeichnet worden. — Die „Times“ erklären die Meldung ebenfalls für falsch. Ein Revisionsvorschlag liege weder der französischen, noch der englischen Regierung vor. Eine Dawesrevision sei nur in Verbindung mit einer Schuldenregelung möglich.

Dieses Dementi das Savas verbreitet, wird aber von einigen Pariser Blättern skeptisch aufgenommen. Der „Matin“ weist darauf hin, daß man nicht erwarten könnte, daß das Schuldenproblem in wirtschaftlicher Weise vor Beendigung der Wahlperiode in Amerika erörtert werde. „Journal“ glaubt, daß Poincaré die Frage jetzt aufgerollt habe, nachdem er sich vergewissert habe, daß der Plan auch einigermaßen Aussicht habe, durchgeführt zu werden. Die Unterbringung der Dawesobligationen könne ebenfalls jetzt unter günstigeren Bedingungen erfolgen als im Jahre 1926.

Als Gegenleistung würde Deutschland besonders die Rheinlanddrainung und neue finanzielle Vorstöße durch Amerika zu erwarten haben.

Auch die „New York World“ erklärt trotz der Dementis, daß schon seit einiger Zeit in New Yorker Bankierkreisen Bestrebungen im Gange seien, eine Revision des Dawesplans herbeizuführen. In diesen Kreisen fasse mehr und mehr die Auffassung Fuß, daß das Reparations- und Kriegsschuldenproblem von einem gemeinsamen Gesichtspunkte aus behandelt werden müsse. Auch in diesen Kreisen nenne man den Betrag von 8 Milliarden Dollar als Reparationsschuld Deutschlands. Das Blatt glaubt, daß auch in absehbarer Zeit die amerikanische Regierung ihren bisherigen Standpunkt, wonach zwischen der Reparations- und Kriegsschulden kein organischer Zusammenhang bestehe, aufgeben müsse.

Freilassung eines deutschen Sejmabgeordneten

Warschau, 5. April. Der kürzlich vor den Sejmwahlen in Zusammenhang mit der Hausführung bei der Deutschen Kreditgesellschaft in Lud in Wolskynien verhaftete deutsche Sejmabgeordnete Dr. Lud ist gegen Stellung einer hohen Kaution nunmehr freigelassen worden. Es hatte sich herausgestellt, daß Dr. Lud nicht die geringste strafbare Handlung begangen hat. Man hatte ihm u. a. auch Spionage vorgeworfen.

Vor neuen Unruhen im Irakgebiet

London, 4. April. Nach einer Timesmeldung aus Basra, sollen die Wahabiten eine Streitmacht von 5000 Mann an der Irakgrenze zusammengezogen haben. Angeblich wurde die Grenze bereits an mehreren Stellen überschritten. Britische Flugzeuge und Panzerwagen seien zur Abwendung des Angriffs unterwegs.

Aus der weiten Welt

Köln. Herzschlag auf der Straße. Ein Chorführer, der im Ferkulum wohnt, fiel vor einem Hause in der Klosterstraße plötzlich zusammen und war sofort tot. Als Todesursache wurde ein Herzschlag festgestellt. Der Verstorbene war 70 Jahre alt und hinterläßt 11 Kinder.

Köln. Todessturz von der Leiter. Beim Abschneiden von Leitungsdrähten rutschte auf dem Auweg ein 27jähriger Telegraphenmonteur aus der Kurfürstenstraße von der Leiter ab, erlitt einen Schädelbruch und verstarb im städtischen Hospital in Duis.

Köln. Lebensmüde. Ein 78jähriger unverheirateter Buchhalter aus der Rolandstraße erhängte sich in seiner Wohnung. Der Grund ist in Lebensüberdruß zu suchen. Der Erhängte war seit einiger Zeit krank.

Köln. Ertrunken. Durch einen Unglücksfall stürzte ein junger Arbeiter vom Holzmärkt in den Rhein. Da er offenbar nicht genügend schwimmen konnte, ertrank er. Die Leiche wurde am Rheinaufhafen gegenüber der Bahnenstraße gelandet.

Köln. Todessturz. Ein 63jähriger Ziegelmacher zog sich durch einen Sturz in einem Hohlweider Ziegebetrieb in der Piccoloministraße eine Gehirnerschütterung zu, an deren Folgen er am nächsten Tage starb.

Barmen. Kinder als Opferkammer. Zwei 13jährige Schüler aus Mittershausen wurden bei Veranbarung der Opferkammer in einer Kirche in Ober-Barmen ertränkt und der Kriminalpolizei übergeben. Ob

sie für noch weitere ähnliche Fälle in Frage kommen, wird die Untersuchung ergeben.

Salsheim. In der Rauchgrube ertrunken. Das zweijährige Kind einer Familie von hier spielte im Hof in der Nähe der Rauchgrube, die infolge des anhaltenden Regens voll Wasser stand, und fiel in die Grube. Erst nach langem Suchen konnte die Leiche geborgen werden.

Schödel bei Limburg. Vom Lichtstrom getötet. Der Schmiedemeister Wilhelm Meyer wollte im Keller seines Hauses eine elektrische Birne einschalten. Dabei wurde er von einem elektrischen Schlag getroffen, und fiel tot zu Boden.

Saarbrücken. Stein Schlag auf Schacht. Durch niedergehendes Gestein verunglückte auf Schacht Amelung der Grube von der Heide Montagmorgen drei Bergleute. Einer der Verunglückten wurde von den schweren Felsmassen tödlich getroffen, während die beiden anderen schwere Verletzungen erlitten.

Niesweiler, Pfalz. Im Rausch ertränkt. Der hier wohnhafte 66jährige Landwirt Guth hatte vormittags einen Liter Schnaps getrunken und sich darauf mittags in angelegtem Zustand auf Bett gelegt. Im Rausch kam er mit dem Gesicht in die Kissen und ertränkte. Seine Angehörigen fanden ihn später tot vor.

Vom Blis getötet. Die Blätter melden aus Bilbao: In der Gemeinde Nuevia wurde während eines furchtbaren Gewitters ein junger Mann in seiner Wohnung vom Blis erschlagen. Ein anderer Blis schlug in eine Gruppe Fußballspieler, die vom Spiel zurückgekehrt, tötete einen von ihnen und verletzte drei schwer.

Vier Kinder von einem Kraftwagen getötet. Blättermeldungen zufolge fuhr in Madrid ein Kraftwagen auf den Bürgersteig und tötete vier Kinder. Außerdem erlitten mehrere Kinder Verletzungen.

Nicht Tote bei einer Bergwerksexplosion. Montagabend ereignete sich in einem Bergwerk in Westhorne (Virginia) eine Explosion, bei der acht Personen getötet wurden. Sechs der Opfer wurden in einem abgelegenen Winkel des Bergwerks, wohin sie sich geflüchtet hatten, um den tödlichen Gasen zu entgehen, eng aneinander geschmiegt, aufgefunden.

Der Kindermord in Dänemark. Der Kellner Braun, der bekanntlich im Verdacht stand, das achtjährige Mädchen und den zehnjährigen Knaben des Bahnarbeiters Heides aus Borsbæk (Kreis Helsingør) ermordet zu haben, hat die Ermordung der beiden Kinder eingestanden.

Beim Mittagstisch erschossen. In Döhlen bei Thorn gab während einer politischen Unterhaltung beim Mittagessen ein polnischer Oberleutnant vom 66. Infanterieregiment auf seinen Nachbarn, einen Eisenbahnbeamten, sechs Schüsse ab, die den Beamten tödlich verwundeten. Die beiden Tischgenossen galten als sehr gute Freunde. Der Attentäter wurde sofort festgenommen.

Schweres Sprengungslid.

Mühlheim in Baden. Bei der Heilstätte Friedrichshelm der Badischen Landesversicherungsanstalt, wo seit einiger Zeit mit Sprengungen verbundene Bauarbeiten ausgeführt werden, nahmen in der Nacht zum Mittwoch einige Arbeiter unerlaubt und ohne Wissen des Bauführers eine Sprengung vor. Hierbei wurden ein Arbeiter getötet und sieben verletzt.

Wieder ein Selbstmord in der Badewanne. Justizrat Dr. Waldow-Stettin hat, wie der Borsbæker Zeitung gemeldet wird, dort in genau derselben Weise Selbstmord verübt, wie vor einigen Tagen der Stettiner Anwalt Meißner in einem Berliner Gasthof. Er wurde Dienstag früh erschossen.

gleichem Umfange und zu gleichen Bedingungen Kredite zur Verfügung zu stellen, wie es der Landwirtschaft gegenüber geschieht.

2) auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß den oben erwähnten Handwerkern auch aus den Mitteln, die das Reich für Kredite an die Landwirtschaft zur Verfügung stellt ein angemessener Anteil wird.

Städte und Handwerk

Es ist bekannt, daß vornehmlich in den Mittel- und Kleinstädten Handwerk und Gewerbe ihren Sitz haben. Rund 8 Millionen Deutsche leben vom Handwerk! Diese Tatsachen lassen die Rede, die der Bundespräsident des Reichsstädtebundes, Oberbürgermeister Dr. Belian auf dem Landesverbandstag des Schuhmachergewerbes der Provinz Sachsen in Eilenburg gehalten hat, besonders bedeutsam erscheinen, weil der Reichsstädtebund die Spitzenorganisation von 1600 deutschen Klein- und Mittelstädten ist. Dr. Belian betonte, daß die Verwaltungen der kleinen und mittleren Städte und das Handwerk zusammen gehören, um dann programmatisch zu erklären: In Städten, in denen der Mittelstand besonders das Handwerk, ihren Boden ver-

in der Badewanne aufgefunden. Dr. Waldow, der Leiter des Kreiskriegerverbandes, war, wie die Borsbæker Zeitung dazu bemerkt, in seiner Eigenschaft als Notar in Regreßprozesse verwickelt, die seine durch den Tod der Frau und eines erwachsenen Sohnes zermürbten Nerven völlig zerrütteten.

Die Cholera.

: Der japanische Dampfer Hawaii Maru, der von Singapur am Montag mit 780 japanischen Auswanderern nach Amerika an Bord nach Südafrika abfuhr, kehrte nach Singapur wegen Ausbruchs von Cholera Mittwoch zurück. Der Krankheit sind bereits sieben Personen zum Opfer gefallen. Elf weitere Fälle wurden festgestellt. Der Dampfer kam in Quarantäne.

Opfer eines Sturmes.

: Zwei Fischerfahrzeuge, die vor drei Tagen aus Balesrate ausgesahren waren, sind infolge der hohen See nicht zurückgekehrt. Dienstagmittag wurden in der Nähe von Terrafini drei Insassen des eines Fahrzeuges lebend, die anderen tot geborgen. Das zweite Fahrzeug ist vermutlich mit der ganzen Besatzung von sieben Mann untergegangen.

Flugzeugunglücke.

: Bei einem Manöver stieß in Colchester ein Militärflugzeug gegen einen Baum und zerfiel dann auf der Erde. Zwei Flieger wurden hierbei getötet. — Nach einer Mitteilung des englischen Luftfahrtministeriums wurden in der Nähe von Hissah im Irak bei einem Flugzeugabsturz ein Fliegeroffizier und sein Begleiter getötet.

Flugzeugunglück.

: Wilhelmshaven, 7. April. Am Karfreitag ereignete sich auf dem Flugplatz Hüttringen ein schweres Flugzeugunglück. Der Pilot Robert Müller flog mit einer neuen Joffermaschine und stürzte plötzlich aus hundert Meter Höhe über dem Flugplatz ab. Er wurde so schwer verletzt, daß er kurze Zeit darauf starb.

Familiendrama in Dänemark.

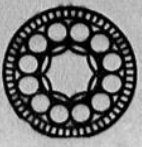
: In der Nacht zum Donnerstag ereignete sich in Bjergsted bei Hyderup (Dänemark) ein furchtbares Familiendrama. Gegen Morgen bemerkten Nachbarn, daß in dem Hause des russischen Ingenieurs Bottebisch Feuer ausgebrochen war. Beim Eindringen in das Haus entdeckte man, daß Stroh in die Zimmer geschleppt, mit Petroleum begossen und angezündet worden war. Der Brand wurde gelöscht. Man fand die Frau des Ingenieurs, seinen 19-jährigen Sohn, seine 16jährige Tochter und seine Schwiegermutter tot in ihren Betten. Sie waren durch Beiliebe getötet worden. Auf dem Boden fand man die Leiche des Ingenieurs, der sich erhängt hatte. Der Grund zur Tat dürfte in wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu suchen sein.

Zwei Personen von einer explodierenden Granate getötet.

: Paris, 4. April. In der Nähe von Amiens wurden zwei Landwirte, die auf einem früheren Schlachtfeld nach Metall suchten, durch eine explodierende Granate (angeblich öfterreichlicher Herkunft) getötet. Weggeschleuderte Teile der Leichen wurden bis zu 500 Meter von der Unfallstelle entfernt aufgefunden.

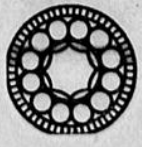
Furchtbare Bluttat bei Remberg.

: Remberg, 6. April. In dem Dorfe Alesna bei Remberg hat sich eine furchtbare Familiendrama abgespielt. Der etwa 20 Jahre alte Wajil Caly erschlug in einem Wutanfall seine Mutter, den 53jährigen Vater und die neunjährige Schwester. Der Mörder floh in den nahen Wald und wurde bisher noch nicht festgenommen. Die Nachbarn behaupten, daß er unter Tobsuchtsanfällen zu leiden hatte.



Das Handwerk

Beilage der Brühler Zeitung



Segen die Reichsbahn-tarifierhöhung

Das Handwerk protestiert.

Hannover, 5. April. Der Reichsverband des deutschen Handwerks hat in einer Eingabe an den Reichsverkehrsminister lebhaften Einspruch gegen die beabsichtigte Erhöhung der Eisenbahntarife erhoben. Zur Begründung der ablehnenden Stellungnahme wird darauf verwiesen, daß eine Erhöhung der Tarife ohne jeden Zweifel eine verhängnisvolle Teuerungswelle nach sich ziehen werde. Wenn in diesem Zusammenhang auch auf die unlängst erfolgte Erhöhung der Posttarife Bezug genommen wird, so entbehrt dieser Hinweis jeder Beweiskraft, da die Tarife der Reichsbahn schon längst der Geldentwertung und dem allgemeinen Teuerungszustand angepaßt sind. Die Eingabe verlangt mit aller Entschiedenheit im Interesse der gesamten Volkswirtschaft eine Ablehnung der beabsichtigten Erhöhung.

Das Westdeutsche Handwerk im März 1928

Von der Handwerkskammer wird uns geschrieben:

Besentliche Änderungen gegenüber dem Vormonat hat die Lage des westdeutschen Handwerks im Monat März nicht erfahren. Die auch im letzten Bericht in ihren Auswirkungen auf das Handwerk erörterten Erscheinungen der allgemeinen Wirtschaftslage treten immer deutlicher hervor. Ueber-einstimmend wird von den sog. Saison-gebern über das Ausbleiben einer Besserung in der Beschäftigung geklagt. Sehr drückend werden in einzelnen Bezirken die von vielen Gewerbetreibenden geforderten hohen Nachzahlungen auf die Gewerbesteuer empfunden. Da die endgültige Veranlagung und Heranziehung auf Grund der Einzelwerte erst jetzt erfolgt, hat eine Reihe von Gewerbetreibenden, die seinerzeit Stundung beantragt hat, nicht unerhebliche Nachzahlungen zu leisten. Es ist für das Handwerk äußerst schwierig, bei dem nachweislich schlechten Geschäftsgang neben den laufenden Steuern noch diese Nachzahlungen zu leisten. In den ländlichen Bezirken ist die Lage des Handwerks den Verhältnissen der Landwirtschaft entsprechend, schlecht. Ob die Notation für die Landwirtschaft eine fühlbare Besserung auch für das Handwerk auf dem Lande bringen wird, mag dahingestellt bleiben. Der schleppende Eingang der Zahlungen hält an. Eine große Zahl der handwerklichen Betriebe hat unter dem Druck der Verhältnisse ihren Kredit bereits bis zum äußersten anspannen müssen, sodaß man, wenn die Dinge sich nicht bald bessern, der nächsten Zukunft nur mit ernstster Sorge entgegensehen kann.

Die Lage auf dem Bauparkt gibt zu Klagen Anlaß. Trotz günstiger Witterungsverhältnisse kommt die Bautätigkeit nicht in Fluß. Die Mehrzahl der zurzeit beschäftigten Bauarbeiter ist mit der Fertigstellung der im Jahre 1927 begonnenen Bauten beschäftigt. Im Hinblick auf die großen Schwierigkeiten, die sich der Finanzierung neuer Bauvorhaben entgegenstellen, sind die Aussichten für die Neubautätigkeit 1928 ungünstig. Vereinzelt wird über Mangel an Ziegeln geklagt; es wird zu prüfen sein, ob hier eine planmäßige Zurückhaltung vorliegt, um bessere Preise zu erzielen. Im Zusammenhang mit der Steigerung der Baupreise sind die Bestrebungen auf Lohnhöhung mit geteilten Gefühlen aufzunehmen.

Von der Lage auf dem Bauparkt werden auch die am Ausbau beteiligten Gewerbe nachteilig beeinflusst. Das Schreinerhandwerk leidet sehr unter dem ständigen Ansteigen der Materialpreise, für die ein Ausgleich bei der Preisgestaltung infolge der Konkurrenzschwierigkeiten nicht erzielt werden kann. Das Schneidergewerbe hat in einzelnen Kammerbezirken in der Vorberichtszeit eine kleine Besserung erfahren; nach wie vor schlecht ist dagegen die Lage des Schuhmacherhandwerks. Im Nahrungsmittelgewerbe ist die Lage unverändert.

Eine Anerkennung für das Handwerk.

Es hat im Handwerk nie an Leuten gefehlt, die keine Organisationsformen bekräftigt haben, insbesondere sind manchen die Kammern und der Kammertag zuwider, anderen wieder ist der Reichsverband des Handwerks ein Dorn im Auge. Wie Außenstehende dagegen die Verhältnisse im Handwerk beurteilen, möge eine Aeußerung beweisen, die Reichsminister a. D. Hamm gelegentlich einer Versammlung der Geschäftsführer deutscher Industrie- und Handelskammern getan hat. Er sagte wörtlich: „In vollkommener Weise ist die Zusammen-

arbeit von öffentlichen Berufsvertretungen und Fachverbänden beim Handwerk durchgeleitet. Dort ist die Vereinigung der Handwerkskammern von Reichwegen im Deutschen Handwerks- und Gewerbe-Kammer-tag als Körperschaft öffentlichen Rechts organisiert; sie steht durch ihre leitenden Männer in Personeneinheit mit dem Reichsverband des deutschen Handwerks. Das bedeutet die vollständige Vereinigung und Zusammenfassung aller fachlichen Erfahrungen, über die die Handwerkskammern zufolge ihres gesetzlich geordneten Verhältnisses zu den Innungen in reichem Maße verfügen und die Vereinigung des Handwerks zu einer völlig geschlossenen Standesvertretung. Eine solche Geschlossenheit der Vertretungen ist den von Industrie- und Handelskammern vertretenen Berufen nicht beschieden gewesen.“

Damit liegt die schon öfter festgestellte Tatsache wieder einmal vor, daß andere Kreise das Handwerk um Einrichtungen beneiden, die es selbst vielfach nicht genügend zu schätzen wissen.

Die Berufsaussichten im Handwerk

Wenig wie die jungen Abiturienten von den Studenten-Verbindungen, so werden alljährlich um diese Zeit auch die aus der Volksschule Entlassenen von den einzelnen Berufsständen „geleitet“. Dabei liegt die Gefahr vor, daß die Interessen des Berufsstandes, für den jeweils geworden wird, gar zu einseitig berücksichtigt wird. Meines Erachtens muß jede Erörterung über die Berufsfrage von der Kardinalfrage ausgehen:

Was verlangt das Wohl des Volksganges, insbesondere der Volkswirtschaft, hinsichtlich der Einteilung in die verschiedenen Berufsstände?

Die Berufsfrage der Nachkriegszeit ist eine außerordentlich schwierige geworden, nicht nur, daß durch Abtretung großer Gebietsteile die Erwerbsmöglichkeit verringert worden ist, auch die intensive Nationalisierung in Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft haben zahlreiche Arbeitskräfte überflüssig gemacht. Es muß deshalb von vornherein vor der falschen Auffassung gewarnt werden, als ob die Aufnahmefähigkeit der Wirtschaft noch dieselbe wäre, wie vor dem Kriege. Mit dieser Einschränkung muß an das Problem herangegangen werden.

Ist es nun vor dem Volksgange zu verantworten, wenn man dem Handwerk Nachwuchs zuführt? Hat dieser Berufsstand wirtschaftlich, sozial und kulturell etwas zu bedeuten?

Wirtschaftlich. Es gibt im deutschen Reich 1,2 Millionen Handwerksbetriebe, die etwa 4 1/2 Millionen Arbeitnehmer beschäftigen. Berücksichtigt man die Familienangehörigen, so kann man sagen, daß etwa 1/6 der gesamten Bevölkerung aus Handwerksbetrieben ernährt wird. Diese Zahlen bedürfen keiner weiteren Erörterung.

Die soziale Bedeutung des Handwerks liegt in seiner Mittelstellung zwischen Großbetrieb und unselbständigem Arbeiter: es mildert die sozialen Gegensätze insofern, als der Arbeitnehmer für die Handlungen des Arbeitgebers von vornherein mehr Verständnis aufbringt, als in anderen Berufen, da der Arbeitnehmer danach strebt, möglichst bald in dieselbe Stellung zu gelangen, in der der Arbeitgeber sich befindet. (Meisterpflicht). Es ist gar kein Zweifel, daß uns diese sozialvermittelnde Stellung des Handwerks in der Vergangenheit manche Schwierigkeiten auf wirtschaftlichem Gebiet haben überbrücken lassen, und daß nun auch in der Zukunft die Hoffnung liegen darf, daß die sozialen Verhältnisse des Handwerks einen wohlthätigen Einfluß auf die Stellung des gesamten sozialen Problems ausüben werden.

Die kulturelle Bedeutung des Handwerks ist altbekannt, es war stets eine Pflanzstätte der Kunst und der Ideale. Aus ihm sind zu jeder Zeit Führer des Volkes und der Wissenschaft hervorgegangen. Freude an der eigenen Arbeit, Hilfsbereitschaft, Standesbewußtsein, Vaterlandsliebe und Heimatföhr sind heute im Handwerk noch lebendig. Es ist also gewiß kein unwürdiger Berufsstand, dem man die Jugend zuführt.

Welche jungen Leute eignen sich besonders für ein Handwerk?

Der verlorenen Krieg zwingt uns dazu, möglichst jeden an die Stelle im Leben zu setzen, wo er mit seinen geistigen und körperlichen Fähigkeiten die höchste Leistung erzielt zu seinem und der Allgemeinheit. Manche Schwierigkeiten der Berufswahl haben in der Nachkriegszeit die Berufsämter gemildert, indem sie die jungen Leute auf körperliche, geistige und feilsche Fähigkeiten in den Eignungsprüfungen untersucht haben. Und doch bestehen in breiten

Kreisen der Bevölkerung noch recht viele falsche Auffassungen. So zum Beispiel war es lange Zeit üblich, für das Handwerk nur die minderbegabten zu reservieren. Darin hat sich in neuester Zeit allerdings einiges zum Besseren gewandt, was daraus hervorgeht, daß schon ein erheblicher Prozentsatz der Gymnasial-Abiturienten sich in den letzten Jahren dem Handwerk zugewandt hat. Um so bedauerlicher ist es, wenn, wie es z. B. in der Januar-Nummer des Mittelschulblattes des Melancthon-Bundes ein Mittelschul-Rektor tut, die Mittelschulreife vor dem Eintritt ins Handwerk gewarnt werden, weil sie dort hinsichtlich des Ausbildungsganges und der Erreichung bezwungener Stellungen nicht anders gestellt seien als Volksschüler. Die Auffassung ist durchaus abwegig. Das Handwerk freut sich über nichts mehr, als wenn Mittelschul- und Hochschulkreislänge zu ihm kommen und es ist gern bereit, zum Beispiel hinsichtlich der Vorkurszeit die erhöhte Vorbildung zu berücksichtigen. Auf der anderen Seite muß allerdings auch der Auffassung entgegengetreten werden, daß man sich im Handwerk im Handumdrehen eine glänzende Existenz sichern könne. Das ist heute nicht mehr der Fall. Wer zum Handwerk will, muß wissen, daß dort unendlich viel an geistigem und technischem Können verlangt wird. Pflücker und Faulenzer haben in ihm keinen Platz und wer sich im Handwerk bewähren will, muß mitbringen — klaren Kopf, ernsten Willen, fleißige Hände.

Wie sind die Berufsaussichten?

Die Frage, ob das Handwerk in der nächsten Zeit mit einer günstigen oder ungünstigen Konjunktur zu rechnen habe, läßt sich nicht konkret beantworten, weil das Handwerk in unserem Bezirk zu sehr von der Konjunktur in der Schwerindustrie abhängig ist. Die Handwerksbetriebe sind zu einem großen Prozentsatz Hilfsbetriebe der Industrie; im Hinblick hierauf muß gesagt werden, daß die Konjunktur im allgemeinen nicht ungünstig beurteilt wird. In den nicht von der Industrie abhängigen Handwerkszweigen haben technische Neuerungen, wie Radio, Lichtkammer, Automobilwesen, eine recht günstige Konjunktur gebracht. Ob sie aber anhalten wird, läßt sich nicht übersehen, da man die Frage der technischen Entwicklung nicht probezeitig soll. Einige Berufe, wie die der Friseur und der Schneiderinnen leiden offenbar an Ueberfüllung. Auf der anderen Seite besteht ein offener Mangel an Nachwuchs im Baugewerbe, der noch erheblich verstärkt werden wird durch die Wirkungen des Geburtenausfalles während des Krieges. Wenn man bedenkt, daß der Wohnungsbedarf auch in den nächsten Jahren noch gewaltig sein wird, so darf man wohl für das Baugewerbe eine immer glücklicher werdende Konjunktur erwarten. Vor der in den Köpfen einzelner Architekten spulenden Industrialisierung des Bauens, sollte man sich nicht hängen lassen, denn hier wachsen die Bäume nicht in den Himmel.

Welcher aller Betriebe ist der geeignetste?

Es war seitens der Reichsregierung beabsichtigt, in einem Berufsausbildungsgesetz diese Frage klar und deutlich zu regeln. Leider ist durch die Auflösung des Reichstags das Gesetz als vorläufig gescheitert zu betrachten. Man hat bei der Auswahl des Lehrbetriebes auf zwei Dinge zu achten: einmal soll der Betrieb technisch geeignet sein, dann aber auch soll der Inhaber des Betriebes über erzieherische Fähigkeiten verfügen. Das Lehrverhältnis im Handwerk ist eben kein Arbeitsverhältnis, sondern ein Erziehungsverhältnis. Der Meister hat den Lehrling nicht bloß zu einem tüchtigen Gesellen, sondern auch zu einem brauchbaren Menschen zu erziehen. Es ist weiter bei der Auswahl des Lehrbetriebes darauf zu achten, daß die so notwendige individuelle Anleitung gesichert ist, daß also der Konnex zwischen dem lehrenden Meister und dem Lehrling gewährleistet ist. In den sogenannten Lehrlingszuchtereien ist das selbstverständlich ausgeschlossen. Um hier das Nützliche zu treffen, bediene man sich der Lehrstellenvermittlung der Berufsämter und der Innungen. Schließlich lasse man sich auch nicht zu sehr beeinflussen von der gebotenen Entschädigung. Wer etwas lernen will, muß in allen Berufsständen dafür Opfer bringen. Das ist auch im Handwerk nicht anders.

In diesem Zusammenhang muß dann auch noch ein kurzes Wort gesagt werden über die Pflichten der Lehrherren.

Es ist selbstverständlich Pflicht des Lehrherren den Lehrling nicht als billige Arbeitskraft anzusehen, sondern seine Ausbildung systematisch mit allen Mitteln zu betreiben. Diese Pflicht legt ihm die Rücksicht auf die gesamte Wirtschaft auf, die wenn sie sich erheben will, nur hochwertigste Qualitätsarbeiter gebrauchen kann, das

alles um so mehr noch, als aus den bekannten Gründen in nächster Zeit ein großer Mangel an Qualitätsarbeitern zu erwarten ist. Die Heranbildung von Lehrlingen verursacht nicht immer viel Freude, im Gegenteil, sie bringt dem Lehrherren viel Verdruß und viel materiellen Schaden. Das Wohl der Allgemeinheit fordert aber vom Handwerk diese Opfer, sie fordert insbesondere, daß weit mehr noch als bisher die Handwerksbetriebe für die Lehrlingsausbildung geopfert werden.

Also ihr Volksschul-, Mittelschul-, Hochschulkreislänge zieht den Uebergang zum Handwerk in Erwägung. Ihr werdet dort nicht mehr den Mann aus früheren Jahrhunderten finden — mit blauer Schürze und dem bekannten Tropfen an der Nase, sondern den neuen Berufsstand, der technisch, kaufmännisch und künstlerisch mit der Zeit fortgeschritten ist und der auch an der Zukunft nicht verzweifelt.

Konferenz der westdeutschen Handwerkskammer

Die 13 westdeutschen Handwerkskammern trafen am Mittwoch, den 14. März in Koblenz zu wichtigen Beratungen zusammen.

Im Vordergrund der Verhandlungen stand die Stellungnahme zum Arbeitsschutzgesetz. Die westdeutschen Handwerkskammern erheben Einspruch dagegen, daß in Zukunft alle Handwerksbetriebe den Arbeitsaufsichtsamtern unterstellt werden sollen. Die Verhältnisse der handwerklichen Betriebe lassen nach Ansicht der Handwerkskammern eine derartige Kontrolle für die Gesamtheit der Handwerksbetriebe nicht notwendig erscheinen. Weiterhin fordern die Handwerkskammern bei der Regelung der Arbeitszeitfrage eine gerechtere Berücksichtigung der Lehrlinge und jugendlichen Gesellen im Bäder- und Fleischerhandwerk. Es wird auch für bedenklich gehalten, daß das Gesetz nur Betrieben, die in der Regel nicht mehr als 4 Arbeitnehmer beschäftigen, eine 3 stündige zusätzliche Wochenarbeitszeit gestatten will. Eine derartige Scheidung von Arbeitskräften wird innerhalb des Handwerks abgelehnt.

Eingehende Erörterungen wurden geführt über die vom Reichsarbeitsministerium vorgelegte Denkschrift über die Wohnungsnot und ihre Bekämpfung. Ganz besondere Bedeutung wird von Seiten der westdeutschen Handwerkskammern dem 3. Abschnitt dieser Denkschrift, der sich mit der Frage des Wohnungsbaues, insbesondere den Nationalisierungsbestrebungen im Baugewerbe befaßt, beigemessen. Es wurde ein besonderer Ausschuß eingesetzt, dessen wichtigste Aufgabe es sein wird, zu prüfen, ob die vom Reichsarbeitsministerium vorge-schlagenen Wege zu einer Nationalisierung des Baugewerbes Erfolg versprechen.

Im Zusammenhang mit dem Entwurf einer Novelle zur Reichsgewerbeordnung befaßte sich die Konferenz mit der Frage einer gleichzeitigen Änderung des Handelsgesetzbuches und verlangt bei grundsätzlicher Anerkennung des jetzigen Rechtszustandes die Schaffung eines Rechts zur Eintragung in Handelsregister für Handwerksbetriebe nach Analogie des § 3 des Handelsgesetzbuches.

Im Anschluß an die beabsichtigte Änderung des Gerichtsostengesetzes beantragte die Versammlung eine Herabsetzung der Grundbuchkosten für den Wohnungsneubau.

Die Konferenz schließt sich dem Antrag des rheinisch-westfälischen Verbandes der Uhrmacher und Goldschmiede an, welcher zum Schutz des laufenden Publikums vor Ausbeutung einer Ueberänderung der Gewerbeordnung dahin verlangt, daß Uhren jeglicher Art, versilberte Geräte und Bekleidung im Umherziehen verkauft und auch nicht auf Jahrmärkten und ähnlichen Veranstaltungen feilgeboten oder zur Auspielung gebracht werden dürfen.

Der Konferenz der westdeutschen Handwerkskammern ging eine Sitzung des Arbeitsausschusses voran, die sich mit Einzel-fragen des Entwurfs eines Berufsausbildungsgesetzes, dem Beschwerderecht der Handwerkskammern in Prüfungsangelegenheiten und der rationellen Gestaltung der berufständischen Gemeinschaftsarbeit im Handwerk befaßte.

Zur Berücksichtigung der Notlage des Handwerks auf dem Lande

Der Abgeordnete Knieß-Kassel hat im Preussischen Landtag am 21. März nachstehenden Entschließungsantrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium wird ersucht,

- 1) den Handwerkern, namentlich auf dem Lande und in kleinen Gemeinden, die neben ihrem Handwerk auch Landwirtschaft in erheblichem Umfange betreiben, aus der Preußenkasse in Fortsetzung umseitig.

nistliche
tis gün
bildlich
Bauern
tis na
des W
Be
von
wieder
der af
nomm
lin au
Besu
gen b
aus
der
große
den.
Sch
B
ien v
nister
gegen
Borm
nicht
es h
der
M
poln
Begl
aus
Rom
sich
das
lest
gerie
Zwe
Mie
der
nat
Pol
M
Er
leis
wei
zur
un
vol
rel
ma
G
an
De
ter
ge
die
sol
ter
de
m
an
de
un
G
ne
M

„Also deshalb — sonst wäre er nicht gekommen!“
„Aber Gott — so schlecht geht es Herrn Gertrud?“
„Gott ist ein Gott —“ fragte Kallestrass in halb
erwartend, halb ungläubigem Tone.
„Dass es so schlecht um ihn steht — nein.“
„Bleibst du ihm denn nicht?“
„Nein —“ erwiderte Elena flüchtig. „Ich habe ihn
seit —“ Doktor Gertrud's Gesicht nicht wieder gesehen.“
„Er —?“ Es lag viel Erschauern und Neugierde in
diesem Wort, und sein forschender, fragender Blick suchte
in ihrem Gesicht zu lesen.
Elena's Augen schweiften zu Kallestrass und sie sagte:
„Gott ist ein Gott —“ erwiderte sie, „denn du erlaubst,
will ich dir dabei Gesellschaft leisten, sobald du mit Herrn
Kallestrass fertig bist.“

„Da — nehmen Sie die Stiege, ich komme in einer
Stunde ins Kontor.“ verließ Kallestrass, dem Kallestrass
ter die Kallestrass übergehend, und mit einer Verbeugung
gegen Elena und seinen Gehilfen verließ Kallestrass den Platz.
„Gott ist ein Gott —“ erwiderte er, „denn du erlaubst,
Gott, durch das Gesicht Kallestrass.“
„Sa — ich habe Hunger.“ erwiderte er kurz, und Elena
brachte auf einen der elektrischen Kasse, die im Korridor
angebracht waren.

„Aber Elena, wozu die Treppe zum Speisesaal
emporsteigen, bemerkte sie, wie ihr Vater sie öfters von der
Seite an sah und eine Bemerkung unterließ. „Saum
waren sie oben angelangt und hatten an dem Gesicht Kallestrass
genommen, fragte Kallestrass:
„Kallestrass du bist?“
„Nein, Kallestrass.“
„Du siehst so aus —“ Dabei ruhten seine Augen
durchdringend auf ihr. „In jedem Falle hat sich dein
Aussehen merklich verändert.“

„Sie sehen unwohl aus.“ fragte Elena, „was ist in
deinem Leben?“
„Du siehst — nicht gut aus.“ sagte er, „denn
plötzlich in seiner alten, brüsten Seele: „Aber Elena, meine
Schwermut ist ein es ja recht bunt in diesem Saale her
gegangen zu sein.“

„Ich hielt es für meine Pflicht, meinen Augenzeugen
Kallestrass zu sein.“
„Kallestrass, ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“

„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“

„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“

„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“

„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“

„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“

„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“

„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“

„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“

„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“

„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“

„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“

„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“

„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“

„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“

„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“

„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“

„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“

„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“

„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“

„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“

„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“

„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“

„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“

„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“

„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“

„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“

„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“

„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“

„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“

„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“

„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“

„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“

„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“

„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“

„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“

„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“

„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“

„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“

„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“
„Ich habe dich nicht gesehen.“